

VORSÄTZLICHE DESINFORMATION

pressecheck | Schweiz: F-35 Disaster

Roland Keller, Publizist | www.presse-check.ch



Basel, 10. September 2026.

Kommentar von Roland Keller

Für mich war von Beginn an klar: Der amerikanische Druck, den F-35 zu kaufen, konnte nur durch Täuschung oder politischen Druck wirksam werden.

Die damalige VBS-Chefin **Viola Amherd** gab sich ahnungslos und spielte aus meiner Sicht mit den amerikanischen Unterhändlern mit. Möglicherweise standen sie und der Bundesrat hinter verschlossenen Türen unter Druck.

Man könnte sich ein Szenario etwa so vorstellen:

„Ihr kauft den F-35 und das (aus meiner Sicht) ungeeignete Patriot-Luftabwehrsystem“. Im Gegenzug sorgen die USA dafür, dass die Schweiz von zusätzlichen Migrationsbewegungen aus dem arabischen Raum verschont bleibt. Das ist eine Vermutung und zugleich eine Frage: Könnte es sich so zugetragen haben?

Noch wird die Schweiz als Pufferstaat für fremde Mächte weiterhin gebraucht.

Die jüngsten Informationen der GPK-N verstärken für mich jedoch den Verdacht, dass Öffentlichkeit und Parlament vorsätzlich nicht vollständig informiert wurde.

Bei Geschäften in Milliardenhöhe gibt es auf Grund des Expertenkrems, keine blosen Zufälle. Auffällig ist vielmehr, dass sich die Beteiligten später überrascht zeigen.

Der Bericht der Geschäftsprüfungskommission

Der Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrats zur Fixpreisfrage macht deutlich, dass die Schweiz den vereinbarten Festpreis für die F-35A nicht durchsetzen konnte.

Die USA vertreten die Position, dass der Preis je Produktionslos dem jeweiligen, zwischen der US-Regierung und Lockheed Martin ausgehandelten Wert entspricht.

SP-Co-Präsident Cédric Wermuth erklärte: *«Der Bericht bestätigt, was die Beschaffung des F-35 von Anfang an war und ist: ein absoluter Skandal.»* Parlament und Öffentlichkeit seien *«hinters Licht geführt»* worden. Er fordert, der Bundesrat müsse dieses *«F-35-Desaster»* so rasch wie möglich beenden. Dass rechte Parteien weiterhin am Projekt festhalten wollten, sei *«reine Steuergeldverschwendung»*.

Blendet man seinen ideologischen Hintergrund aus, hat Cédric Wermuth hier ausnahmsweise recht.

Der Skandal

Trotz wiederholter Nachfragen erhielt die Kommission offenbar keine Einsicht in die Verträge. Viola Amherd begründete dies damit, dass solche Verträge den Kommissionen grundsätzlich nicht gezeigt würden!

Den Gesamtbundesrat informierte sie jedoch erst im März 2025 über diese Umstände. Nachdem sie ihren Rücktritt bereits angekündigt hatte. Dieses Vorgehen wirft Fragen auf.

Eine mögliche Erklärung wäre politischer Druck durch die USA und deren Vertreter in der Schweiz. Auch dafür gibt es logischerweise keinen belegbaren Beweis.

Dennoch zeigt die Affäre, wie anfällig Schweizer Politikerinnen und Politiker für Druck von aussen sein können – und wie wenig darüber kommuniziert wird.

Fazit:

Waren dies alles nur unglückliche Zufälle?

Bei einem Geschäft dieser Grössenordnung und auf dieser politischen Ebene halte ich das für wenig glaubwürdig. Oder sind alle Experten unfähig?

Lesen Sie den umfangreichen Kommentar „UNZEITGEMÄSSE BESCHAFFUNG“